

23. Steuerrechtliche Jahresarbeitstagung Wiesbaden, vom 5. bis 7. Juni 1972

Zur Methode steuerlicher Rechtsprechung

Präsident des Bundesfinanzhofs Professor Dr. Hugo von Wallis, München

- I. Zur Rechtsprechungspraxis des Reichsfinanzhofs (Eigenständigkeit des Steuerrechts)
- II. Zur Rechtsprechungspraxis des Bundesfinanzhofs in den fünfziger Jahren
- III. Seitherige Entwicklungstendenzen
 1. Zusammenführung der Gerichtszweige durch den Gesetzgeber
 2. Die Entscheidung nach dem Inhalt des Gesetzes
 - a) Maßgeblichkeit des Wortlauts
 - b) Auslegung nach allgemein anerkannten Auslegungsregeln
 3. Rechtsschöpfung durch die Rechtsprechung
 - a) Allgemeines
 - b) Zur Rechtsschöpfung im Steuerrecht
 - c) Weitere Beispiele für die Rechtsfortbildung aus der Rechtsprechung des BFH
 4. Zur Ertragsbesteuerung von Kapitalgesellschaften
 5. Die Behandlung der Personengesellschaften im Ertragsteuerrecht
 6. Zur einheitlichen Gewinnfeststellung

Zur Steuerreform

Ministerialdirektor Dr. Karl Koch, Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen

- I. Einleitung
- II. Zum gesetzestechnischen Stand der Vorarbeiten
 1. Erstes Steuerreformgesetz — AO-Reform
 2. Das Zweite Steuerreformgesetz
 3. Das Dritte Steuerreformgesetz
 4. Reform der Kraftfahrzeugsteuer
 5. Zwischenergebnis der gesetzestechnischen Vorbereitung
- III. Die Vorbereitungen zur Steuerreform als Lernprozess
 1. Keine Überbewertung des Zeitplans
 2. Einheitliches oder stufenweises Inkrafttreten der Steuerreform
 3. Abbau übertriebener Erwartungen an eine Steuerreform
 4. Die Vorstellungen darüber, wie die Steuerreform aussehen soll, gehen weit auseinander.
- IV. Ziel und Grenzen der Reform
 1. Zielkonflikt zwischen Einfachheit und Gerechtigkeit
 2. Aufkommensneutralität
 3. EWG-Konformität
 4. Politische Durchsetzbarkeit
- V. Erstes Steuerreformgesetz — AO-Reform
 1. Verzinsung
 2. Neufassung der Betriebsprüfungsordnung — Steuer —
- VI. Zweites Steuerreformgesetz
 1. Baldiges Inkrafttreten der Einheitswerte 1964
 2. Vermögensteuer
 3. Erbschaftsteuer
 4. Grundsteuer
 5. Reform der Gewerbesteuer
- VII. Drittes Steuerreformgesetz
 1. Gewinnermittlung und Einkommensteuertarif

2. Kinderlastenausgleich
3. Körperschaftsteuerreform
4. Reform der Sparförderung

VIII. Schlussbemerkungen

Internationales Steuerrecht in Konzeption und Fortentwicklung

Ministerialdirigent Dr. Helmut Debatin Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bonn

- I. Außensteuerrecht und internationales Steuerrecht in der Entwicklung
 1. Konsolidierungsprozess?
 2. Prozess der Rechtsklärung
- II. Internationales Steuerrecht und materielles Steuerrecht
 1. Weder Begründung einer Steuerpflicht noch Erweiterung bestehender Steuerpflicht durch DBA
 2. Konsequenzen aus der Feststellung zu II 1
 3. Konsequenzen aus den Überlegungen zu II 1. u. 2. für das Außensteuerreformgesetz
- III. Die persönliche Berechtigung zu Vorteilen der Doppelbesteuerungsabkommen
 1. Problemstellung und Lösungswege für die deutsche Besteuerung
 - a) Zu Artikel 1 i. V. m. Artikel 4 Abs. 4 OECD-Musterabkommen
 - b) Wirtschaftliche Organisationsstruktur und Doppelbesteuerungsschutz
 2. Insbesondere die Qualifikation ausländischer Rechtsgebilde
 - a) Beurteilung ausländischer Rechtsgebilde nach deutschem Steuerrecht
 - b) Parallele zur deutschen Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft
 - c) Qualifikationskonflikte
Einkunftsqualifikation
 - d) Beispiel: Zinszahlung einer sociedad de personas an deutsches Beteiligungsunternehmen
- IV. Steuerbefreiung auf deutscher Seite, insbesondere für ausländische Betriebstätte
 1. Ausgliederung aus der deutschen Besteuerung
 2. Der Betriebstättenbegriff
 - a) Wirtschaftliches Regulativ
 - b) Fortentwicklung des Begriffsverständnisses Betriebstätte
 - c) Betriebstättenbegriff bei Vertretern
 3. Bauausführungen und Montagen
 - a) Erweiterung der Geschäftseinrichtung?
 - b) Fristvoraussetzung
 - c) Formen der Zusammenarbeit
- V. Gewinnzuordnung bei Betriebstätten
 1. Vergleichsmaßstab dealing at arm's
 2. Leistungsentgelte: Dividenden, Zinsen
 3. Maßstab der Gewinnaufteilung
 4. Gebot des Gewinnzuordnungsprinzips
 5. Zuordnung des Aufwands.
- VI. Geschäftstätigkeit über ausländische Tochtergesellschaften
 1. Innerkonzernlicher Geschäftsverkehr
 - a) Konzernverrechnungspreise
 - b) Dienstleistungen
 - c) Maßstäbe zur Bestimmung der Konzernverrechnungspreise und der Konzernumlagen
 2. Gesellschaftsrechtliche Beziehung zur ausländischen Tochtergesellschaft
 - a) Keine Abrechnung eines Leistungsentgelts
 - b) Konzernrückhalt
 - c) Beteiligung der Muttergesellschaft an ihrer ausländischen Tochtergesellschaft
 - d) Schachtelbeteiligung und Außensteuerreformgesetz

- e) Schachtelbeteiligung und deutsch-schweizerisches DBA
- f) Fragen im Zusammenhang mit der in den Doppelbesteuerungsabkommen ausgesprochenen Befreiung der ausländischen Schachteldividende von der deutschen Besteuerung

Neuere Rechtsprechung zum internationalen Steuerrecht

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Jakob Strobl, München

Einleitung

Teil I:

Überblick über die neuere Rechtsprechung zum internationalen Steuerrecht

- I. Wichtige Urteile zur beschränkten Steuerpflicht Isolierende Betrachtungsweise
- II. Wichtige Urteile zur Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen
 1. Schuldenabzug — Deutsch-Französisches DBA
 2. Geltungsbereich des Deutsch-Italienischen DBA
 3. Ort der Tätigkeit eines Geschäftsführers
 4. Kein Billigkeitserlass bei DBA
 5. Geltendmachung von Verlusten einer ausländischen Betriebstätte
 6. Steuerliche Behandlung der stillen Gesellschaft im Verhältnis zur Schweiz
 7. Anwendbarkeit von DBA
- III. Zur Entstrickung
 1. Rechtsprechung
 2. Kritik im Schrifttum
 3. Regelung im Außensteuergesetz und Referentenentwurf EStG 1974
- IV. Zu den so genannten Zwischengesellschaften (Basisgesellschaften) insbesondere Treuhand-Urteil
 1. Rechtsprechung
 2. Der so genannte Kreislauf-Fall
 3. Holzäpfel-Urteil
 4. Treuhand-Urteil
 5. Kritik
 6. Außensteuergesetz
- V. Zur Aufklärungs- und Informationspflicht des Steuerpflichtigen im internationalen Bereich
 1. Rechtsprechung
 2. Literatur
 3. Gesetzesänderungen

Teil II:

Grundsätzliche Bemerkungen zur deutschen Rechtsprechung im internationalen Steuerrecht

- I. Außensteuerrecht ist nicht Steueroasenrecht
- II. Gewinnkorrekturen im Verhältnis zum Ausland
 1. Überblick über die Rechtsprechung
 2. Grundsatz des Dealing at arm's length
 3. Problem der Nachweisführung

Schlussbetrachtung.

Schwerpunkte des Außensteuerreformgesetzes in Verbindung mit dem neuen deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommen

Rechtsanwalt und Steuerberater, Dipl.-Kfm. Dr. jur. Horst Vogel, Bonn - Bad Godesberg

Einleitung

- I. Berichtigung von Einkünften international verflochtener Unternehmen
 1. Verhältnis des § 1 AStG zum bisherigen innerstaatlichen Recht
 2. Nur Korrektur von Einkunfts-minderungen?
 3. Der Begriff nahe stehende Person
 4. Schätzung des Gewinns nach dem eingesetzten Kapital

- II. Erweiterte Besteuerung inländischer Einkünfte nach Wegzug in niedrig besteuerte Gebiete — 5§ 2-5 AStG
 1. Die erweiterte beschränkte Steuerpflicht
 2. Verhältnis zum Doppelbesteuerungsabkommen
 3. Zwischengeschaltete Auslandsgesellschaften
 4. Anreiz, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland zu lösen
 5. Billigkeitsmaßnahmen bei vorübergehender Abwesenheit
 6. Rückwirkung

- III. Besteuerung des Vermögenszuwachses aus wesentlichen Beteiligungen bei Wegzug in das Ausland
 1. Besteuerung fiktiver Gewinne
 2. Verhältnis zu DBA-Ländern
 3. Keine steuerliche Entstrickung vor Inkrafttreten des § 6 AStG.

- IV. Beteiligungen an ausländischen Zwischengesellschaften
 1. Durchgriffsgesetzgebung und DBA
 2. Zusammenfassung der Gesellschafter für das Beherrschungsverhältnis 7 Abs. 1 AStG
 3. Einkünfte von Zwischengesellschaften — 5 8 Abs. 1 AStG
 4. Niedrige Besteuerung
 5. Gemischte Zwischengesellschaften
 6. Holdinggesellschaften
 - a) § 8 Abs. 2 AStG — Natürliche Personen als Anteilhaber
 - b) § 13 AStG — Schachteldividenden
 - c) § 14 AStG — Nachgeschaltete Zwischengesellschaften
 7. Besonderheiten bei schweizerischen Holdinggesellschaften aufgrund des DBAnF
 - a) Gewährung des Schachtelprivilegs für Beteiligungen an schweizerischen Holdinggesellschaften
 - b) Schweizer Holdinggesellschaften, die Einkünfte aus der Bundesrepublik beziehen.
 8. Ermittlung des Hinzurechnungsbetrages. Rückwirkende Anwendung?
 9. Auflösung von Familiengesellschaften

- V. Familienstiftungen
- VI. Ermittlung, Verfahren, Schätzungen
- VII. Ausgleich der steuerlichen Doppelbelastung bei Gewinnausschüttungen ausländischer Tochtergesellschaften an ihre deutsche Muttergesellschaften; Steuererleichterungen bei der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer.

Zum neuen Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Arnold Heining, Steuerreferent im Bundesverband der Deutschen Industrie, Köln

1. Vorbemerkung
2. Materielle Rechtsänderungen von besonderer Bedeutung
 - a) Persönlicher Anwendungsbereich

- b) Doppelwohnsitz
 - c) Gewinnbeteiligungen an Kapitalgesellschaften
 - d) Veräußerungsgewinne
 - e) Personengesellschaften, leitende Angestellte
 - f) Privates Grundvermögen in der Schweiz
3. Prinzipien der Abkommensrevision
 4. Zur Auskunfts Klausel
 5. Ausblick

Außensteuerlich relevante Änderung im Referentenentwurf des EStG 1974

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Hans Flick, Bonn

Einleitung

1. Beschränkte Steuerpflicht
2. Besteuerung bei ausländischen Einkunftsteilen
3. Ent- und Verstrickung
 - a) Referentenentwurf
 - b) Kritik
 - c) Änderung des Entwurfs
 - d) Ansatzpunkt in der Definition
 - e) Sonstige Erwägungen
 - f) Fiskalisolationismus
 - g) Entstrickungstheorie ohne Grundlage

Kurze Zusammenfassung der Aussprache über aktuelle Fragen des internationalen Steuerrechts

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. EICHHORN, Düsseldorf

Teilnehmer der Diskussion:

Ministerialdirigent DR. DEBATIN, BMWF, Bonn
Rechtsanwälte und Fachanwälte für Steuerrecht DR. FLICK, Bonn

DR. HEINING, Köln

DR. RAUPACH, München

DR. STROBEL, München

DR. HORST VOGEL, Bonn

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht HALLERBACH, Bochum

1. Schwierigkeiten im internationalen Steuerrecht durch Anwendung innerstaatlicher Vorschriften
2. Einschränkung der erweiterten beschränkten Steuerpflicht durch Art. 4 des rev. DBA DS
3. Gewinnberichtigung bei Auslandsbeziehungen
4. Zuteilungsregelung des Art. 10 Abs. 8 rev. DBA DS
5. Abzug der Aufsichtsratssteuer in der Zeit bis zum Inkrafttreten des rev. DBA DS
6. Vermeidung der Doppelbesteuerung bei unterschiedlicher Qualifikation eines Vorgangs durch die beteiligten Staaten
7. Besteuerung nicht realisierter Gewinne bei Entstrickung
8. Zurechnung gem. §§ 7ff. AStGE von bei Beteiligungsgesellschaften einer Holding thesaurierten Gewinnen
9. Umdeutung eines Gesellschaftsverhältnisses in ein Treuehandverhältnis
10. Progressionsvorbehalt und Abzugsverbot gem. § 3c EStG
11. Besteuerung der an deutsche Gesellschafter gezahlte Zinsen einer spanischen Sociedad de Personas

Fragwürdige Fiktionen im Bereich der verdeckten Gewinnausschüttung und der verdeckten Einlage

Bundesrichter am Bundesfinanzhof Dr. Georg Döllerer, München

- I. Einleitung
- II. Fiktionen im Bereich der verdeckten Gewinnausschüttung
 1. Gesetzliche Grundlagen der verdeckten Gewinnausschüttung
 2. Das Vordringen von Fiktionen
 3. Anwendungsfälle
 - a) Die Gesellschaft erwirbt vom Gesellschafter Vermögensgegenstände zu einem unangemessen hohen Entgelt
 - b) Die Gesellschaft nutzt Geld oder andere Vermögensgegenstände des Gesellschafters gegen ein unangemessen hohes Entgelt
 - c) Die Gesellschaft veräußert Vermögensgegenstände an den Gesellschafter unentgeltlich oder gegen ein unangemessen niedriges Entgelt
 - d) Die Gesellschaft überlässt dem Gesellschafter Geld oder andere Vermögensgegenstände zur Nutzung unentgeltlich oder gegen ein unangemessen niedriges Entgelt
 4. Einwendungen gegen die Fiktionen:
 - a) § 6 Abs. 1 Satz 2 KStG, § 20 Abs. 2 Nr. 1 EStG, §§ 5, 6 EStG enthalten keine Fiktionen
 - b) Sachzusammenhang zwischen Besteuerung der Gesellschaft und der des Gesellschafters
 5. Fiktionen bei verdeckten Gewinnausschüttungen durch mittelbare Leistungen an Nichtgesellschafter (nahe stehende Personen)
 - a) Ausgangspunkt: Verdeckte Gewinnausschüttungen durch mittelbare Zuwendungen
 - b) Grundlage: Keine Fiktion, sondern Beweis des ersten Anscheins, dass die Leistung an die nahe stehende Person dem Gesellschafter zugute kommt
 - c) Sonderfall: Verdeckte Gewinnausschüttung zwischen Schwestergesellschaften
- III. Fiktionen im Bereich der verdeckten Einlage
 1. Gesetzliche Grundlagen der verdeckten Einlage
 2. Durchsetzung von Fiktionen?
 3. Einwendungen gegen die Fiktionen.
- IV. Ausblick
 1. Körperschaftsteuerreform
 2. Außensteuergesetz

Aktuelle Fragen aus dem Ertragssteuerrecht

Ministerialdirigent Dr. Leo Hübl, Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bonn

- A. Einleitung
- B. Das Ende der Abschreibungsgesellschaften
 - I. Zum Zonenrandförderungsgesetz
 - II. Flugzeuge und Schiffe
 - III. Entwicklungshilfe-Steuergesetz
 - IV. Verfahrensrechtliches
 - V. Gesamtergebnis
- C. Die Suche nach neuen Wegen
 - I. Gebrauchte Flugzeuge
 - II. Die gewerbliche Tierzucht
 - III. Der Erwerb von Eigentumswohnungen
 1. Allgemeines
 2. Die Bauherreneigenschaft

3. Vorausgezahlte Erbbau- und Hypothekenzinsen
 4. Die Betreuungsgebühren
 5. Entscheidung durch den Gesetzgeber?
- D. Aus der jüngsten Rechtsprechung des BFH zum Körperschaftsteuerrecht
- I. Das Urteil I R 22/68
 - II. Das Urteil I R 88/69
 - III. Das Urteil I 189/65 und das Urteil I R 54/55/70
 - IV. Das Urteil I R 77/67 und das Urteil I R 96/69
 - V. Schlussbemerkung

Diskussion

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. MEYER-ARNDT, Köln

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht HALLERBACH, Bochum

1. Bauherreneigenschaft beim Erwerb von Eigentumswohnungen über eine Gesellschaft
2. Unbeschränkte Abzugsfähigkeit eines Damnums als Werbungskosten im Jahr der Errichtung eines Einfamilienhauses
3. Umwandelnde Verschmelzung
4. Wegfall der Steuererleichterung bei Umwandlung einer GmbH in eine Personengesellschaft und Eintritt einer GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin

Grenzen der vorweggenommenen Erbfolgeregelung

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Jürgen Ebeling, Hannover

Vorbemerkung

- I. Besonderheiten bei Grundstücksschenkungen
 1. Maßgeblichkeit des Einheitswerts bei mittelbaren Schenkungen
 2. Übertragung von Grundstücken gegen Einräumung von dinglichen und schuldrechtlichen Nutzungsrechten
 3. Schenkung von Nutzungen an Grundstücken
- II. Zuwendungen unter dem Gesichtspunkt des § 12 Ziff. 2 EStG
 1. Als Rentenkauf getarnte Schenkung
 2. Beteiligung an Grundstückserträgen
 3. Kurzfristiger Nießbrauch
- III. Übertragung von Betriebsvermögen
 1. Gesellschaftsvertragliche Gestaltungen im Hinblick auf Zugewinnausgleichs-, Pflichtteils- und Erbersatzansprüche
 2. Übertragung von Betriebsvermögen gegen Gleichstellungsgelder
 3. Teilweise Entnahme eines Betriebsgrundstücks durch Bildung von Sondereigentum
- IV. Zweifelsfragen zum Unternehmensnießbrauch
 1. Zivil- und handelsrechtliche Probleme
 2. Bewertung des Nießbrauchs
 3. Ertragsteuerliche Besonderheiten

Schlussbemerkung: Widerruf einer Schenkung

Diskussion

Leiter der Diskussion:

Bundesrichter am BFH HEISE, München
Bundesrichter am BFH NISSEN, München

Teilnehmer der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. EBELING, Hannover
Rechtsanwalt und Steuerberater DR. KAPP, Hannover
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. MEYER-ARNDT, Köln

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht HALLERBACH, Bochum

1. Beteiligung von Kindern als Gesellschafter unter Vorbehalt des Nießbrauchs zugunsten des Vaters
2. Erstattung der VSt bei Vermögensübertragung unter Vorbehalt des Nießbrauchs zwischen unterhaltsberechtigten Personen
3. Dauer der Nießbrauchsbestellung
4. Bestellung eines Nießbrauchs unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs
5. Schenkung unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs
6. Begrenzung des Jahreswerts von Nutzungen bei der Schenkung eines Grundstücks unter der Auflage der Zahlung einer Versorgungsrente

Entscheidungen und Entwicklungen im Gewerbesteuerrecht

Präsident des Finanzgerichts Dr. Uwe Jessen, Berlin

I. Einleitung:

Finanzielle Bedeutung, historische Rechtfertigung und heutige Gestalt des Steuertatbestandes

II. Steuerpflicht

1. Kapitalgesellschaften mit nichtgewerblicher Tätigkeit
2. Unterscheidung von privater Vermögensverwaltung
3. Abgrenzung zur freiberuflichen Tätigkeit

III. Steuerhöhe

1. Gewerbeertrag
 - a) Dauerschulden
 - b) Erträge ausländischer Betriebstätten
 - c) Erträge aus der Verwaltung und Veräußerung von Grundbesitz
2. Gewerbekapital
 - a) gemietetes und gepachtetes Anlagevermögen
 - b) Anteile an einer Unterstützungseinrichtung

Diskussion

Leiter der Diskussion:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. WARTNER, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht HALLERBACH, Bochum

Aktuelle Probleme zum Konzernsteuerrecht und zur Betriebsaufspaltung

Rechtsanwalt und Notar, Wirtschaftsprüfer, Fachanwalt für Steuerrecht Werner Jurkat, Frankfurt

- A. Zweifelsfragen zum Schreiben des BWFM zur Körperschaftsteuerrechtlichen und gewerbesteuerrechtlichen Organschaft vom 30. 12. 1971
- Vorbemerkung
- I. Organschaftsvoraussetzungen
 1. Personengesellschaft als Organträger
 - a) Vorbemerkung
 - b) Gesetzliche Regelung
 - c) Gesellschafteridentität, Beteiligungsidentität und die organschaftlichen Eingliederungsvoraussetzungen
 2. Mehrmütter-Organschaft
 - a) Die Auffassung des BWFM
 - b) Zweifelsfragen
 3. Die wirtschaftliche Eingliederung als Organschaftsvoraussetzung
 - a) Die bisher vertretenen Auffassungen
 - b) Die Auffassung des BWFM
 - c) Die eigene Auffassung
 - i Die Ausübung tatsächlicher Leitungsmacht auf dem wirtschaftlichen Sektor als Kriterium
 - ii Die wirtschaftliche Eingliederung bei geschäftsleitender Holding zu nur einem Organunternehmen
 - II. Die steuerlichen Wirkungen der Organschaft
 1. Das zuzurechnende Organeinkommen
 2. Einzelfragen zur Ermittlung des zuzurechnenden Organeinkommens
 - a) Auflösung vorvertraglicher unverteuerter stiller Rücklagen der Organgesellschaft
 - b) Auflösung und Abführung vorvertraglicher versteuerter freier Rücklagen bei einer nach den Vorschriften des AktG eingegliederten Organgesellschaft
 - c) Zur Anwendung des partiellen Schachtelprivilegs auf Beteiligungserträge des Organs
 - d) Die entsprechende Anwendung der Vorschriften des partiellen Schachtelprivilegs bei mehrstufiger Organschaft
 3. Die Technik der Einkommenszurechnung
 - a) Die theoretischen Möglichkeiten der Neutralisierung der Gewinnabführung
 - b) Die Auffassung des BWFM
 - c) Eigene Auffassung
 4. Steuerrechtliche Folgerungen beim Organträger
 - a) Die Bildung von Ausgleichsposten
 - i Die Auffassung des BWFM
 - ii Eigene Auffassung
 - III. Sonstige Zweifelsfragen
 1. Teilwertabschreibung auf die Organbeteiligung
 2. Verunglückte Organschaft
- B. Verdeckte Einlagen und verdeckte Gewinnausschüttungen unter Berücksichtigung der Rechtssätze des BFH-Urteils I R 51/66 v. 3. 2. 1971
- I. Verdeckte Einlagen
 - II. Verdeckte Gewinnausschüttungen
 - III. Verdeckte Einlagen und verdeckte Gewinnausschüttungen bei internationalen Konzernen
- C. Zum Steuerrecht der Betriebsaufspaltung
- I. Vorbemerkung
 - II. Zur Entwicklung der Rechtsprechung
 - III. Die Entscheidung des Großen Senats vom 8. 11. 1971
 1. Die Beherrschung der Betriebskapitalgesellschaft durch die das Besitzunternehmen beherrschenden Personen als entscheidendes Kriterium
 2. Das Problem der Beteiligungsidentität
 3. Die Aufgabe der Lehre von der wirtschaftlichen Einheit

- IV. Zum Umfang des Betriebsvermögens bei uneigentlicher Betriebsaufspaltung
- V. Organschaft und Betriebsaufspaltung

Aktuelle Fragen des Umsatzsteuerrechts

Ministerialdirigent Felix Müller, Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bonn

- I. Eigenverbrauch und Leistungsaustausch zwischen einer Gesellschaft und ihren Gesellschaftern
 - 1. Eigenverbrauch bei Beschädigung eines Betriebs-Pkw auf einer Privatfahrt
 - 2. Bemessungsgrundlage bei Leistungen einer Gesellschaft an ihre Gesellschafter
- II. Ausfuhr
 - 1. Neuregelung des Ausfuhr- und Buchnachweises bei der „Ausfuhr über den Ladentisch“
 - 2. Beseitigung der Steuergrenzen im innergemeinschaftlichen Reiseverkehr
- III. Zur Abziehbarkeit von Vorsteuerbeträgen für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, bei denen sich die für den Vorsteuerabzug maßgebenden Verhältnisse später ändern
 - 1. Bei Änderung der Verhältnisse in späteren Veranlagungszeiträumen
 - 2. Bei Änderung der Verhältnisse im Veranlagungszeitraum der erstmaligen Verwendung
- IV. Erleichterungen beim Vorsteuerabzug auf Grund der neuen Ermächtigungen in § 15 Abs. 8 UStG
 - 1. Vorsteuerabzug beim Freihafenveredelungsverkehr
 - 2. Vorsteuerabzug bei der Behandlung von Lieferungen im Ausland als Inlandslieferungen
 - 3. Vorsteuerabzug beim Verzicht auf die Steuererhebung für eine Einfuhranschlusslieferung
- V. Die Neuregelung für Kleinunternehmer

Diskussion

Leiter der Diskussion:
Steuerreferent im DIHT DR. RAU, Bonn

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht HALLERBACH, Bochum

- I. Umsatzsteuerbarer Leistungsaustausch bei Entschädigungsleistungen der Bundesstraßenverwaltung
- II. Erwerb von Gegenständen im Wege der Zwangsversteigerung